



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Murawjew bemerkte mit einem Seufzer: „Auch dies versteht man bei uns nicht zu machen.“*) — Diese beißende Bemerkung war durch den heftigen Schmerz seiner Wunde hervorgerufen worden, die seit dem 3. Januar noch nicht vollends geheilt war. Während man die umgefallene Bank aufhob, die Seile und Schlingen neu ordnete, vergingen noch einige Minuten namenloser Qual. Die drei Verurtheilten, denen man bei einem ähnlichen Zufall unter anderen Verhältnissen das Leben geschenkt hätte, benutzten diese Zeit, ihr Vaterland noch einmal zu segnen und um eine bessere Zukunft für ihre Mitbrüder zu beten. — Den ganzen Tag über blieben die Leichen zu schimpflicher Ausstellung hängen; in der Nacht wurden sie abgenommen, in Bastmatten geschlagen, auf einem Bote zum Ufer der Schuntujew-Insel gebracht und daselbst in die Erde eingescharrt. Andere behaupten, man habe die Leichen in einen Festungsgraben mit ungelöschtem Kalk verschüttet. — So endete die Execution vom 13. Juli 1826.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende October.

Das Interesse des abgelaufenen Monats hat der spanischen Revolution angehört. Kaum sechs Wochen sind seit dem Pronunciamento von Cadix vergangen und schon erscheint die neue provisorische Ordnung der Dinge leidlich etabliert und ist von Vorbereitungen zur Entscheidung über die künftige Staatsform dieses Landes die Rede, das binnen dreihundert und zwanzig Jahren nur einen König gehabt hatte, der diesen Namen wirklich verdiente. Das Triumvirat Serrano-Prim-Topete hat seine Thätigkeit mit einer Reihe von Maßregeln inauguriert, welche für die Aufrichtigkeit seines Reformeifers Bürgschaft zu leisten scheinen. Die religiöse Toleranz ist im Prinzip anerkannt und soll durch Verträge mit fremden Staaten, die Sicherheit der nichtkatholischen Bewohner des katholischen Staats gewährleisten, die Jesuiten sind ausgewiesen, die seit den dreißiger Jahren wiederhergestellten Klöster aufgehoben worden, man hat ferner den Octroy abgeschafft und durch Herabsetzung der Zölle eine freihändlerische Handelspolitik angebahnt. Aber schon diese ersten Versuche haben gezeigt, wie ungeheuer die Schwierigkeiten sind,

*) Nach einer andern Version soll Murawjew gesagt haben: „Maudit pays, où on ne sait ni conjurer, ni juger, ni pendre.“ Die Stricke, welche man den Verurtheilten um den Hals gelegt hatte, waren abgeglitten.

mit denen eine reformatorische Regierung in dem Vaterlande der kirchlichen Verdummung und des Vorurtheils zu kämpfen hat. Vielleicht nur Rußland ausgenommen gibt es in Europa keinen Staat, in welchem die Klust so tief wäre, welche die gebildeten Classen, ihre Anschauungen, Wünsche und Bestrebungen von denen der Volksmassen trennte, und jenes Bild von dem im Roth steckenden Wagen, den die Deichselperde nicht fortschleppen können, weil der Vorreiter die Stränge der Spitzperde gelöst und mit ihnen davon geritten ist, das ein russischer Schriftsteller von seinem Vaterlande brauchte — gilt für Spanien vielleicht noch mehr als für die große Monarchie des Nordostens. Wo die Einen Schatten sehen, scheint den Andern goldnes Licht. Die Bildung der liberalen Mittelclassen ist der des Landvolks und der städtischen Massen um ein Jahrhundert vorausgeeilt und bei jeder Gelegenheit treten die Schwierigkeiten einer auch nur annähernden Verständigung hervor. So erbittert die Nation auch gegen die mit der Erbkönigin verbündet gewesene Geistlichkeit ist, eine wirkliche Antastung der Machtstellung derselben macht ihr jedesmal ernsthafte Scrupel und auf ihre exclusive Katholicität will sie schlechterdings nicht Verzicht leisten. Die Schließung einer größeren Anzahl Klöster, wie die provisorische Regierung sie beschlossen, gilt mit Recht für ein gefährliches Experiment und vor der consequenten Durchführung des Prinzips der Toleranz und Gewissensfreiheit heben auch die entschlossensten Progressivsten zurück, weil sie mit einem Fehdehandschuh gegen den Volksinstinct identisch wäre. Aehnlich steht es auf wirthschaftlichem Gebiet. Daß nur eine vollständige Entfesselung der Concurrnz und aller Productionskräfte zur Hebung des tiefzerrütteten spanischen Nationalwohlstandes führen könne, steht für alle Kundigen fest; nichtsdestoweniger hat die schüchterne Herabsetzung der Zölle in Catalonien und andern Districten, welche sich für industrielle halten, den lebhaftesten Unwillen und ernstliche Verstimmung gegen die neuen Machthaber bewirkt. „Die spanische Nation“ schrieb der preussische Staatskanzler Fürst Hardenberg am 16. März 1815 „hat einen so absonderlichen und scharf ausgeprägten Charakter, daß man sie nicht nach den übrigen europäischen Nationen beurtheilen darf; sie hängt an Einrichtungen, welche die öffentliche Meinung in der ganzen übrigen Welt verurtheilt hat, an Ideen, welche alle übrigen Völker längst abgeschüttelt haben“ (Baumgarten, Gesch. Spaniens II, S. 149). Dieses vor einem halben Jahrhundert gesprochene Wort hat noch heute seine Bedeutung. Gerade wie damals liegt noch heute die Gefahr nah, daß der spanische Liberalismus die ihm zur Seite stehenden Chancen des Augenblicks so ausbeute, daß er sich von dem Volk isolirt und dieses der Reaction in die Arme treibt. So zweifellos feststeht, daß dem Elend dieses Staats und seiner Bewohner nur durch eine gründliche und unerforschene Reform auf allen Lebensgebieten geholfen werden könne, so

halsbrechend erscheint der Versuch dieser Reform, auch wenn die Führer aller liberalen Parteien zusammenstehen und es über sich gewinnen untereinander Frieden zu halten.

Daß der Waffenstillstand bis zu ausgemachter Sache, den die Parteiführer einander gelobt haben, von Dauer sein werde, kann aber nicht einmal gehofft werden. An der Spitze der Regierung stehen ehrgeizige, in Militärverschwörungen und Pronunciamentos ergraute Generale, die die Süßigkeit der Macht zu genau kennen, um auf die Ausübung derselben zu Gunsten des Vaterlandes und der gemeinen Sache verzichten zu wollen. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die künftige Regierungsform durch ein Volk feststellen zu lassen, dessen Majorität weder lesen noch schreiben kann, Aberglauben mit Religiosität, Gehorsam gegen seine Priester mit Moralität, Zuchtlosigkeit mit Freiheit, Bildung mit Losgebundenheit von jeder Autorität verwechselt. Die verschiedenen Candidaturen, welche für Wiederbesetzung des erledigten Throns in Vorschlag gebracht wurden, sind in diesen Blättern wiederholt und ausführlich erörtert worden — unter den vielen ist keine, der nicht Bedenken und Hindernisse der mannigfachsten Art entgegenstünden. Die monarchisch-constitutionelle Partei hat dem Andringen der zahlreichen Republicaner keinen einzigen wahrhaft populären Namen entgegenzuhalten und für eine Monarchie ohne bestimmten Monarchen Propaganda zu machen ist ein ausichtsloses Unternehmen. Bezeichnend genug ist, daß selbst von den Gliedern der provisorischen Regierung keines eine bestimmte Candidatur vertritt, obgleich alle für monarchisch gesinnt gelten wollen. Nicht einmal von Prim, dem bekanntesten unter den Revolutionsmännern, steht fest, ob er für Montpensier, Dom Luis oder für den Prinzen Alfred von England arbeitet; seine im Gaulois abgegebene Erklärung, daß er selbst von allen ehrgeizigen Wünschen frei sei, läßt sogar darauf schließen, daß dieser kühne Abenteuerer mehr von der Ehrsucht eines Wallenstein oder Cromwell, als von der Uneigennützigkeit Washington's und Cavaignac's habe. Daß die Candidatur eines spanischen Bürgers aber mit tödlichem Parteikampf identisch wäre, kann Niemand zweifelhaft sein. Lopez, Serrano und die übrigen Heerkönige werden schwerlich länger tugendhaft zu bleiben vermögen, als der Graf von Reus.

Die Frage, auf welche es zunächst ankommen wird, wird die sein, ob der allgemeinen Volksabstimmung constituirende Cortes vorhergehen oder nicht, und ob diese im Stande sein werden, die eigentliche Entscheidung in den Händen zu behalten. Das phrasenreiche Manifest der provisorischen Regierung, welches am 20. October in Form eines Rundschreibens an die diplomatischen Agenten veröffentlicht worden, spricht sich im Sinne der letzten Eventualität aus, aber ziemlich verhüllt und ängstlich. Auch die an die provisorische Regierung ge-

richtete Erklärung, welche die madriider Junta kurz vor ihrer freiwilligen Auflösung veröffentlicht hat, schließt sich der Meinung an, daß die Volksabstimmung im gegenwärtigen Augenblicke bedenklich wäre und durch den Zusammentritt einer constituirenden Versammlung vorbereitet und geweiht werden müßte — zu einer ausdrücklichen Verwerfung des Suffrage universel hat es aber auch ihr an Muth gefehlt. Und doch kommt Alles darauf an, daß die Zukunft des Landes nicht bedingungslos in die Hände unzurechnungsfähiger Phrasen- oder Pfaffenknechte gelegt werde, für die es nur ein „Entweder oder“, d. h. ausschweifende Freiheit oder blinde Unterwerfung unter irgend einen Namen gibt. Die letzte Gefahr scheint im Augenblicke allerdings geringer zu sein, als die erstere, da das Volk noch unter dem vollen Eindruck der Jämmerlichkeit des alten Systems steht und Don Enrico, der Erbe der Traditionen des Carlismus, bis jetzt nur bei einigen Räuberhaufen in den pyrenäischen und baskischen Bergen Geschäfte gemacht hat.

Die Regierungen der Staaten, welche Zeugen der spanischen Revolution gewesen, stehen der provisorischen Regierung von Madrid bis jetzt noch sehr reservirt entgegen, obgleich sich nirgend, auch in Frankreich nicht, ernste und opferbereite Sympathien für die Sache der zweiten Isabella gezeigt haben. Einstimmig ist nur der Wunsch, daß es nicht zu einer Republik komme. Frankreich steht all' den drei Eventualitäten, welche die meiste Wahrscheinlichkeit für sich haben, gleich negativ entgegen; der Kaiser ist mit Hand und Fuß gegen eine Republik, die Vereinigung mit Portugal und die Einsetzung des Herzogs Anton von Montpensier erscheint ihm aber ebenso unzulässig, wie die Aufrichtung der Staatsform, welche er in Frankreich zu Fall gebracht hat. Italien soll dem Gedanken an eine spanische Republik so abgeneigt sein, daß es lieber den Herzog von Aosta nach Madrid schicken, als ein königloses Reich im Süden der Pyrenäen sehen will. Und doch sind die Zeiten, in denen europäische Republiken ansteckend wirkten, so gründlich vorüber, daß das monarchische Princip von denselben nichts mehr zu fürchten hat, ja durch republikanische Experimente in Spanien eher gewinnen als verlieren würde. Der Glaube an die Heilkraft und Lebensfähigkeit großer Republiken ist durch die französischen Erfahrungen von 1848 und 1851 gründlicher geschädigt worden, als durch all' die theoretischen und praktischen Anfeindungen, welche diese Staatsform seit dem Jahre 1799 erlitten hat. Eine spanische Republik wäre sicherlich mehr geeignet von diesem „Raster“ zu entwöhnen, als zu ihm anzureizen und die Furcht, welche einzelne Regierungen vor derselben zeigen, ist nur ein Stück unüberwundenen politischen Uberglaubens.

Die Rolle, welche in der öffentlichen Meinung Frankreichs bisher das

neue Deutschland eingenommen hatte, wird seit den letzten sechs Wochen von Spanien gespielt. Die prickelnde Neugier der Pariser, welche sich nicht zufrieden gibt, bevor ihre Frage „quid novi“ durch irgend eine politische Tagesneuigkeit beantwortet ist, beschäftigt sich mit Conjecturen über die künftige Besetzung des spanischen Throns, die lärm- und reclamebedürftige Presse nährt sich mit Briefen von und an Prim und die Schönredner und Schaumschläger im größeren Styl finden an der vermeintlichen Unterstützung der einen oder andern spanischen Candidatur die nöthige Beschäftigung. Der Gaulois hat sich durch seine Beziehungen zu einzelnen Häuptern der provisorischen Regierung von Madrid für einige Zeit in Mode gebracht und sorgt dafür, daß nur von Spanien und nur von Spanien die Rede ist; Herr von Girardin, der vergeblich auf die spanische Republik pointirte, macht seiner Verstimmung über die secundäre Stellung, in welche er augenblicklich gerückt worden ist, durch absprechende Kritik von Zuständen Luft, die sich seiner Beurtheilung ebenso entziehen, wie der der übrigen nicht spanischen Welt; der kaiserliche Better ist wiederum um eine Hoffnung ärmer geworden und der Kaiser, endlich in die Nähe seiner Hauptstadt zurückgekehrt, hüllt sich in das tiefe Schweigen, welches regelmäßig der Kreuzung seiner Pläne zu folgen pflegt. Die spanische Hofpartei der Kaiserin hat sich durch ihre anfängliche Parteinahme für die Königin Isabella eine arge Schlappe zugezogen und mußte erleben, daß ihre Erklärungen über die Solidarität der dynastischen Interessen diesseit und jenseit der Pyrenäen durch den Kaiser Lügen gestraft wurden. Eine feste Position hat das Tuileriescabinet gegenüber der spanischen Revolution noch nicht nehmen können; der Republik und der Inthronisirung des Herzogs von Montpensier ebenso abhold, wie der Verwirklichung der iberischen Idee, sieht der Kaiser sich in die peinliche Lage versetzt, eine Entscheidung abwarten zu müssen, die ihm unbequem sein wird, mag sie ausfallen wie sie wolle. Jede der drei Eventualitäten, welche für die Lösung der spanischen Frage wahrscheinlich sind, wird, sobald sie in den Vordergrund tritt, in Frankreich als die schlimmste bezeichnet und doch hat man weder das Recht noch die Macht, dieselbe abzuwenden. — Der große Umfang der Verluste, welche den Bonapartismus in den letzten Jahren getroffen, ist wieder einmal in peinlichster Weise bloßgelegt. Der schmeichelhafte Empfang, der der „Gräfin von Madrid“ am französischen Hof geworden, läßt durchsehen, nach welcher Seite die kaiserlichen Sympathien sich neigen; auf den Volkswillen in Spanien üben dieselben aber nicht die geringste Wirkung und nach den neuesten Nachrichten sind die Actien des verhassten Montpensier seit der Weigerung Ferdinands von Coburg-Cohary sogar beträchtlich gestiegen. Jede Woche, um welche die Entscheidung in Madrid hinausgeschoben wird, rückt zugleich die Hoffnungen der preußenfeindlichen Kriegspartei um einen neuen

Monat weiter hinaus und der Druck, den die Unkosten der reorganisirten Armee auf den Staatsäckel üben, ist so empfindlich, daß der Kaiser selbst, den Geldverlegenheiten sonst nicht zu tangiren pflegten, auf Vorschläge zu einer allgemeinen Entwaffnung denkt oder doch eine Zeit lang gedacht hat. Die neue europäische Karte, welche die die friedliche Haltung Frankreichs als durch die günstigen Resultate seiner Machtentwicklung seit 1815 bedingt nachweisen soll und neuerdings von den pariser Officiösen gefeiert wird, zeigt, daß es mit dem unerschöpflichen Vorrath an Mitteln zur Beschäftigung der nationalen Selbstgefälligkeit stark zu Ende geht und die Unruhe, welche der auf diese Karte bezügliche Artikel der France an der pariser Börse erregt hat, läßt dieses Beschwichtigungsmittel als nicht besonders glücklich gewählt erscheinen.

Dem Glauben an die Möglichkeit einer Wandelung der inneren Politik Frankreichs in liberalem Sinne sind die den Frieden erzwingenden Ereignisse des letzten Monats nicht zu Gute gekommen. Und doch würde nur eine solche Wandelung der Erhaltung des Friedens solide und dauernde Bürgschaften bieten. Wohl ist davon die Rede, den bei den Friedens- und Freiheitsfreunden populärsten der kaiserlichen Räthe, den Staatsminister Rouher mit der Leitung der inneren Angelegenheiten zu betrauen, aber alle Welt weiß daß das nur den Sinn haben würde, die Leitung der nächsten Wahlen für den gesetzgebenden Körper in eine geschicktere Hand zu legen, als die des Herrn Pinard, und daß nach Ansicht der am Hof maßgebenden Kreise die äußerste Grenze der dem französischen Volke zuträglichen Freiheiten längst überschritten ist. Seit mit dem Grafen Walewski einer der letzten älteren Vertrauten des Kaisers zu Grabe gegangen ist und die Verwalter der verschiedenen Ministerien mehr die Rolle von Commis als von selbstthätigen und selbstdenkenden Staatsmännern spielen, prävaliren am kaiserlichen Hof die kleinklichen und dem eigentlichen Staatsinteresse völlig fremden Einflüsse der Umgebung der Kaiserin und die liberale Schattirung der imperialistischen Partei hat kaum noch einen Mann aufzuweisen, dessen persönliche Beziehungen zum Staatsoberhaupt in Betracht kämen. Für Glückritterschaft und Intrigue ist die auswärtige Politik aber ein ungleich dankbareres Feld, als die Beschäftigung mit den Fragen des inneren Staatslebens, zu welcher es schöpferischer Ideen und solider Kenntnisse bedarf, und so erscheint völlig begreiflich, daß die Hofgesellschaft ihr Möglichstes thut, um die diplomatischen Fragen immer wieder in den Vordergrund zu ziehen und mit diesen den täglichen Bedarf an Emotionen und spielenden Beschäftigungen zu bestreiten.

Wie groß das Maß der Verlegenheiten ist, welche auf der auswärtigen Politik Frankreichs lasten, hat sich neulich in einer Rundschau, welche der *Moniteur du soir* über die gegenwärtige Lage Europas hielt, auf das schlagendste

offenbart. Mit guten Beziehungen und nachhaltigen Einflüssen in Spanien und Italien ließ sich ebenso wenig renommiren, wie mit dem Respect, den man Preußen und Deutschland eingefloßt hätte, oder den guten Beziehungen zu Rußland; selbst von dem Project einer militärisch-commerciellen Alliance mit Holland und Belgien ließ sich noch nicht öffentlich reden, da dasselbe bis jetzt keine Chancen auf Erfolg hat. So mußte der hohe Werth der Freundschaft Oestreichs in ein möglichst helles Licht gerückt werden und um die Franzosen glauben zu machen, Hand in Hand mit Herrn von Beust vermöchte der Kaiser immer noch den Welttheil aus den Angeln zu heben, verfiel das officiële pariser Organ sich zu nachstehendem Urtheil über die gegenwärtige innere Lage des östreichischen Kaiserstaats: „Ungeachtet einzelner Schwierigkeiten befestigt sich die Neugestaltung der östreichischen Monarchie mit jeden Tage und die feindlichen Strömungen, welche sich auf den Landtagen von Prag und Lemberg geltend machten, haben weder die wohlwollenden Absichten des Kaisers Franz Joseph, noch die Gefühle der Dankbarkeit und des Vertrauens bei seinen Völkern abzuschwächen vermocht.“ Selbst wenn man diesen Satz umkehrte und behauptete, die Vorgänge in Galizien und Böhmen hätten hingereicht, was von Vertrauen bei den Völkern und von gutem Willen bei der Regierung übrig geblieben, zu erschüttern, man hätte doch noch nicht die Düsterteit des Bildes erreicht, welches in denselben Tagen von der „Neuen freien Presse“ vor den Augen des neuversammelten wiener Reichsraths entrollt wurde. „Der Zeitabschnitt von der einen bis zur andern Parlamentssession ist in einigen Tagen beendet: er ist düsterer und unruhiger gewesen, als wir gefürchtet hatten“ — so beginnt die Rundschau welche das officiële Organ des östreichischen Liberalismus über die vier Monate hält, welche seit dem 24. Juni dieses Jahres verflossen sind. Und in der That — die Unmöglichkeit, eine Staatsform für Oestreich zu finden, welche den Ansprüchen der drei Hauptgruppen: Deutschen, Magyaren und Slaven in gleicher Weise entspräche, hat sich kaum jemals so schlagend ausgewiesen, wie bei dem Versuch, die Arbeit des Reichstags vom ersten Halbjahr 1868 durch die territorialen Landtage besiegeln zu lassen. So groß ist die Zersahrenheit der Nationalitäten und Stämme, welche in Betracht kommen, daß nicht einmal innerhalb der einzelnen Hauptgruppen eine Einigung erzielt werden konnte, welche für das Gelingen des staatlichen Neubaus Garantien böte. Während die Ruthenen Galziens nach Rußland, die Kraken nach Serbien gravitiren, die Polen die Wiederherstellung der alten „königlichen Republik“ als letztes Ziel ihrer Politik bezeichnen, die Tschechen die Reconstruction des Föderativsystems anstreben, kämpfen in Deutschösterreich die Parteien der Constitutionell-Liberalen und der altöstreichischen Ultramontanen auf Tod und Leben. Nicht nur, daß die Renitenz der Bischöfe gegen die

Reichstagsbeschlüsse in fast allen außerungarischen Theilen der Monarchie die gleiche ist, das wichtige Kronland Tyrol stellt sich als solches in das Lager der Opposition gegen das neue österreichische Staatsleben und zerreißt damit die Phalanx der deutschen Landtage, welche das Gegengewicht gegen die Separatisten von Prag und Lemberg bilden sollten!

Sind es im Augenblick auch die böhmischen Wirren, welche trotz der energischen Maßnahmen des F. M. v. Koller den Hauptgegenstand der ministeriellen Sorgen bilden, so erscheinen die galizischen Schwierigkeiten doch als die ernstern, vielleicht die ernstesten mit denen der Versuch einer Regeneration des Kaiserstaates zu kämpfen hat. Daß Böhmen trotz seiner Nähe von dem Centrum der Regierung und trotz der zwei Millionen deutscher Bewohner, welche zur schwarz-gelben Fahne halten, überhaupt als bedrohter Punkt erscheinen kann, zeigt, auf wie schwankendem Fundament das gesammte Staatsgebäude steht; immerhin wird es einer energischen Regierung möglich sein, der Gefährlichkeit der czechischen Opposition gewisse Schranken zu setzen. In Galizien dagegen hat das Cabinet mit zwei gleich gefährlichen Parteien zu rechnen, ohne denselben innerhalb Landes irgend ein anderes Gegengewicht als die soldatische Gewalt entgegen setzen zu können. Hier wo es sich ausschließlich um rivalisirende Nationalansprüche handelt, ist die Wirkung der liberalen Reformen gleich Null; Polen und Ruthenen sind für die Angebote, welche ihnen der abstracte wiener Liberalismus machen kann, gleich unzugänglich. Ob man in Wien das Concordat auflöst oder nicht auflöst, Preßproceffe durch Geschworene oder staatlich bestellte Richter austragen läßt, ist den hier streitenden Mächten im Grunde völlig gleichgiltig; alles was in Wien geschieht und nicht geschieht wird lediglich aus dem einen Gesichtspunkte beurtheilt, ob es ein Gewicht in die polnische oder in die ruthenische Waagschale wirft; an die Bedürfnisse Deutschösterreichs und den Maßstab, mit dem man hier die Brauchbarkeit der Staatslenker ausmißt, reichen beide galizische Stämme noch nicht heran. — Dem Zusammentritt des wiener Reichstags folgt die vorläufige Vertagung desselben so rasch auf dem Fuß, daß dieses Parlament noch nicht Zeit gehabt zu haben scheint, sich zu den Ereignissen der letzten Monate zu äußern. Das Präsidium des cisleithanischen Cabinetts ist vorläufig in den Händen des Grafen Taaffe geblieben und die constitutionelle Maschine arbeitet mit Reformen des Ehe- und Preßgesetzes weiter, als sei ihr Apparat noch derselbe, wie am 24. Juni d. J. Daß das wankende Vertrauen des deutsch-österreichischen Liberalismus durch die bevorstehenden Delegationsberathungen (die in Pesth und nicht in Wien abgehalten werden sollen) gekräftigt werden wird, erscheint trotz der befestigten Stellung der Deakisten wenig wahrscheinlich — man braucht nur auf die kleinlaute Sprache der liberalen und officiösen Organe Wiens zu achten, um zu merken, daß die Schwingen des österreichischen Doppeladlers

nach kurzem Fluge wieder gelähmt sind. Von allen Seiten wird bestätigt, daß viele außerösterreichische Deutsche (und unter diesen zählen dieselben Nationalen mit, denen noch vor einem halben Jahre vorgeworfen wurde, sie sähen der Neugestaltung des Kaiserstaates mißgünstig zu) einen Glauben an die Heilkräft des liberalen wiener Systems zeigten, nach dem man sich in Oestreich selbst vergeblich umsehe.

Deutschland, dessen politische Ferien in diesem Jahre länger dauern, als die seiner meisten Nachbarn, ist in den letzten Wochen wesentlich auf die Rolle des Zuschauers auswärtiger Ereignisse beschränkt geblieben. Aus dem Gebiete des inneren Staatslebens ist wenig zu melden. In Hannover hat Graf Eulenburg den Triumph gefeiert, seine Vorschläge für die provincielle Selbstverwaltung nicht nur genehmigt, sondern durch die Führer der nationalen Partei auf dem Provinziallandtage unterstützt zu sehen; in Nassau, Schleswig, Kiel, Rendsburg und Kassel sind die Provinziallandtage vor Kurzem zusammengetreten. Die souveränen Fürsten des deutschen Südens und was ihnen anhängt erfreuen sich eines harmlosen Stilllebens, das nach den Kämpfen und Stürmen des vorigen Halbjahrs als Wiederkehr der alten guten Zeit begrüßt und gelegentlich mit kleinen Handstreichchen gegen anrühige Freunde der nationalen Sache gefeiert wird. In Stuttgart ist der Hosprediger Grüneisen wegen Mangel an orthodox-schwäbischer Gesinnung trotz langjähriger treuer Dienste in der Stille beseitigt worden; die bairische Regierung, welche unsern Optimisten für den Saul unter den süddeutschen Propheten gilt und die mit Preußen noch jüngst einen Vertrag über Gegenseitigkeit in Verfolgung von Preßvergehen abgeschlossen hat, um respective Majestätsbeleidigungen unmöglich zu machen, Baiern hat dem Dichter Emmanuel Geibel — gleichfalls in der Stille — die seit vierzehn Jahren genossene Pension entzogen, weil er den Einzug König Wilhelm's in die Mauern von Lübeck durch ein patriotisches Gedicht feierte; nur in Baden wird das im Jahre 1866 für die nationale Sache wiedereroberte Terrain muthig und consequent vertheidigt. — Während die übrigen deutschen Parteien noch in der früheren Regungslosigkeit beharren, hat die socialistische während des letzten Monats eine außerordentliche Rührigkeit entfaltet. Ungeachtet der zahllosen Spaltungen, welche das socialistische Lager zerreißen — es lassen sich nicht weniger als fünf verschiedene Fractionen nachweisen, welche alle für die echten Erben Lassalle's gelten wollen — machen die Bestrebungen für Anschluß der deutschen Arbeiter an die verwandten Agitationen in Belgien, England und der Schweiz erhebliche Fortschritte. Unter solchen Umständen verdienen die neuen giftigen Ausfälle der Kreuzzeitung gegen Schulze-Delitzsch besonders harte Verurtheilung. Wenn die Partei, welche hinter diesem Organ steht, die alte Freund- und Gewatterschaft mit den Jüngern

Raffalle's im gegenwärtigen Augenblick wieder aufzunehmen gedenkt, so zeugt schon die Wahl des Zeitpunkts für ihre Unbelehrbarkeit. Mag die altconservative Partei auch dessen gewiß sein, daß Herr von Schweitzer zu den Geistern gehört, die sich wieder beschwören lassen, wenn sie lästig werden — seit Jahr und Tag weiß der harmloseste Zeitungsleser, daß die Sache des vierten Standes in Preußen den Herausgeber des Socialdemokraten nicht mehr braucht und daß derselbe täglich durch eine Legion anderer Führer ersetzt werden kann. Nur der völlig urtheilslose Leichtfinn kann mit einem Dinge spielen, dessen Rolle in der künftigen Gestaltung der europäischen Dinge schlechterdings nicht abzusehen ist, dessen Interessen zu eigenartig beschaffen sind, um irgendwelche Allianzen nach rechts offen zu lassen.

An dem diplomatischen Himmel Preußens hat sich nur ein einziges Gewölk, die von französischen Preßstimmen unterstützte Mahnung Dänemarks zu allendlicher Regulirung der schleswig-jütischen Grenze, gezeigt. Die berliner Regierung soll die Absicht haben, diese Angelegenheit nicht dem bevorstehenden preussischen Landtage, sondern dem nächsten Reichstage vorzulegen, mithin in das nächste Jahr hinauszuschieben. Den Landtag erwartet nächst den Berathungen über die Umgestaltung der Provincial- und Kreisverfassung (an deren diesjährigen Abschluß kaum Jemand innerhalb oder außerhalb Preußens glaubt) die Aufgabe, für ein Deficit von fünf Millionen Rath zu schaffen, ein Umstand, der der „Temperatur“ des Hauses am Dönhofsplatz nicht zu Gute kommen wird, wenn die Officiösen auch eine Deckung ohne Steuererhöhung in Aussicht gestellt haben. Den Ministern des Innern und des Cultus steht eine ziemlich lange Reihe von peinlichen Interpellationen aus den alten, wie den neuen Provinzen bevor und wenn der Gegensatz zwischen Alt- und Neupreußen nicht auch diesmal einen Keil in die Geschlossenheit der alten Parteien treibt, so wird das Verhältniß des Cabinets zur Majorität selbst im Vergleich zum letzten, bereits ziemlich stürmischen Frühjahrs wesentlich verschlimmert sein.

In Rußland, dessen Herrscher nach mehrmonatlicher Abwesenheit in Deutschland Anfang October in seine Residenz zurückgekehrt ist, wird das System der Vernichtung alles dessen, was von polnischem Wesen in dem „Weichsellande“, in Litthauen und in Weißrußland übrig geblieben, unaufhaltsam bis in seine letzten Konsequenzen durchgeführt. „Um die Confessionsfrage von der Nationalitätsfrage zu trennen“ sind Anstalten getroffen, die russische Sprache in die katholischen Gottesdienste einzuführen; katholische Ritualbücher und Katechismen waren schon früher in das Russische übertragen worden, und wie der Golos neulich berichtete, existirt auch Luther's kleiner Katechismus in einer russischen Ausgabe — zunächst um in den polnisch- und deutsch-protestantischen Gemeinden des wilnaer Generalgouvernements

eingeführt zu werden. Daß in weiterer Perspective auch an eine Einführung dieses nationalen Vehicels in Liv-, Esth- und Kurland gedacht werde, ist von der Presse der national-demokratischen Partei bereits ziemlich deutlich gesagt worden. Der fanatische Eifer gegen die deutschen und polnischen Elemente in der westlichen, zur Assimilation mit der „herrschenden Nationalität“ bestimmten Reichshälfte steht auf einer Höhe, die man für den Zenith der gesammten seit 1863 in Fluß gekommenen Bewegung halten könnte, wenn nicht bekannt wäre, daß die Einführung der russischen Sprache in die katholischen Gottesdienste mit dem Siege einer gemäßigten Fraction der Nationalpartei identisch ist. Die Enragés des Panславismus, die sogenannten Slavophilen, haben diese Maßregel aufs Lebhafteste bekämpft, weil ihnen die Begriffe Russenthum und Alleinherrschaft der griechisch-orthodoxen Kirche gleichbedeutend sind und sie die förmliche Ausrottung der „fremdländischen“ Confessionen mit Hilfe einer gut organisirten Propaganda fertig zu bringen gedenken; Katkow, der Redacteur der Moskauer Zeitung, bekämpfte den Plan der Ausrottung des Katholicismus dagegen aufs Aeufßerste, indem er nachwies, daß derselbe unausführbar sei und nur einen verstärkten Einfluß des polnischen Clerus auf die der Regierung gewonnenen Bauern zur Folge haben werde. Nach jahrelangem Kampf gegen das nationale Vorurtheil und die Furcht der Geistlichkeit, welche in einer russisch-katholischen Kirche eine gefährliche Rivalin sieht, hat der einflußreiche Publicist endlich sein Programm durchgesetzt.

Nächst den Vernichtungsmaßregeln gegen Polen haben der Erlaß eines Gesetzes über Umgestaltung der Agrarverhältnisse in Bessarabien und die Eröffnung neuer Eisenbahnlinien (Riga-Mitau und Smolensk-Witepsk) die Aufmerksamkeit des russischen Publicums hauptsächlich beschäftigt. Ueber eine andere, erst zu bauende Linie, welche auch für Preußen von großer Wichtigkeit ist, wird in der russischen Presse noch lebhaft gestritten: die Nationalpartei wünscht den kurländischen Hafenort Libau mit Rowno zu verbinden, um den westrussischen Export, der bisher auf Königsberg gerichtet war, nach Libau zu dirigiren und diese Stadt dadurch mit dem Innern Rußlands und dessen Interessen enger zu verbinden. In den Ostseeprovinzen sähe man Libau lieber mit Riga verbunden und die Regierung scheint bis jetzt diesem letzteren Project zuzuneigen. Die moskauer Presse ermangelt nicht, diese „Schädigung der russischen Interessen“ preußischen Intriguen zur Last zu legen und dadurch den tiefen Groll zu nähren, den ihre Anhängerschaft schon lange gegen den aufstrebenden, von der russischen Vormundschaft emancipirten preußisch-deutschen Staat hegt. Die russisch-preußische Alliance ist von dieser Seite her schon vor einiger Zeit Angriffen ausgesetzt gewesen, die denen der wiener und pariser Presse an Rücksichtslosigkeit nichts nachgaben. In den letzten Wochen sind die offenen Angriffe der Nationalpartei gegen Preußen

übrigens wieder verstummt, merkwürdigerweise ohne daß darum die orientalische Frage, die Grundlage der Entente zwischen den beiden großen Militärstaaten des Nordostens, in den Vordergrund geschoben worden wäre.

Der vierte deutsche Handelstag.

I.

Drei Jahre waren verflossen, seit in Frankfurt a. M. der dritte deutsche Handelstag seine großentheils im Wege des Compromisses entstandenen und deshalb von vorn herein etwas farblosen Beschlüsse gefaßt hatte. Drei ereignißvolle Jahre; im September 1865 galten in der Versammlung, deren reelle Basis die Unbefangenen doch auch da schon ausschließlich im deutschen Zollverein erblicken konnten, die Oestreicher noch als vollberechtigte Glieder, wenn sie auch nicht so zahlreich erschienen waren, wie in München, wohin sie die brüderliche Absicht, in die Verhandlungen über den französischen Handelsvertrag ein Auklusel zu legen, in hellen Haufen getrieben hatte. Seit dem prager Frieden waren sie thatsächlich ausgeschieden. Im Concertsaale des Schauspielhauses zu Berlin erhob sich stolz inmitten der Farben der Bundesglieder die schwarzweißrothe Fahne; mit einem Hoch auf den Schirmherrn des norddeutschen Bundes und des Zollvereins, in dessen Namen der preußische Handelsminister die Versammlung bewillkommnete, wurden die Verhandlungen eröffnet. Und der schüchterne Versuch, den bei der Debatte über Art. 2 des Statuts von Mannheim machte, durch Verwandlung der Worte „im Zollparlament vertretene Staaten“ in „deutsche Staaten“ den „ideellen“ Standpunkt zu wahren, war mit dem stolzen Wort beseitigt, das Witte-Moskoc ihm entgegenrief: Wir sind jetzt eine Nation geworden!

Als nach den heißen Julitagen 1866 die Wogen der Aufregung zu ebbem begannen und der Handelsstand den Saldo der neugeschaffenen Verhältnisse zu ziehen versuchte, da erhob sich auch die Frage nach der ferneren Berechtigung eines Instituts, welches dem Verlangen nach Einigung der deutschen Staaten auf wirthschaftlichem Gebiet seine Entstehung verdankt und in dem Streben danach seine Aufgabe gefunden hatte. Vergleichen wir den Artikel 4 der Verfassung des Norddeutschen Bundes mit den früheren Beschlüssen des Handelstags, so dürfen wir bekennen: ein großer Theil der letzteren, die als fromme Wünsche sich an die dreißig und etlichen Regierungen gerichtet hatten, ist in jenem Artikel krystallisirt. Manche seiner lakonischen Bestimmungen sind seitdem zur Wahrheit geworden. In dem Vertrage vom 8. Juli 1867 hat das Band der wirthschaftlichen Interessen, welches die Mainlinie nicht